

## Milliardäre horten, Massen hungern: Oxfam beklagt weiter wachsende Ungleichheit

23 Jan. 2026 22:00 Uhr

Studie: Während Armut und Hunger weltweit zunehmen, haben Milliardäre in nur einem Jahr so viel Vermögen hinzugewonnen, wie die halbe Weltbevölkerung besitzt. Die westlichen Regierungen tun nicht nur nichts dagegen, sie werden inzwischen von der sich bereichernden Oligarchie geführt.



© Urheberrechtlich geschützt

Von Alexandra Nollok

Wer hätte das gedacht, könnte man ironisch fragen: Während nach wie vor die halbe Weltbevölkerung in Armut dahinvegetiert und mehr als zwei Milliarden Menschen nicht einmal genug zu essen haben, sind die Superreichen wieder einmal reicher und mächtiger geworden. Ihre Vermögen mehren sich laut einer [Oxfam-Studie](#) sogar immer schneller, allein im letzten Jahr um etwa 2,5 Billionen US-Dollar. Dies entspricht nahezu dem Wert des gesamten Besitzes der besonders ausgebeuteten ärmeren Hälfte der Menschheit auf diesem Planeten.

### Reiche horten, Arme hungern

Dem Bericht zufolge verfügen rund 3,8 Milliarden Menschen über weniger als 8,30 US-Dollar pro Tag. Fast zwei Drittel davon sind von "moderater oder schwerer Ernährungsunsicherheit" betroffen. Danach leidet inzwischen mehr als jeder vierte Erdbewohner zeitweilig oder ständig unter Hunger – laut Oxfam ein Anstieg um rund 43 Prozent binnen zehn Jahren. Einmal mehr entpuppt sich die neoliberale Erzählung vom Trickle-Down-Effekt, wonach mehr Wohlstand nach unten tröpfelt, wenn Reiche reicher werden, als Märchen.

Auch in Deutschland registrierte der Oxfam-Bericht eine gravierende Vermögenskonzentration, die sich zunehmend beschleunigt. Trotz Wirtschaftskrise sei 2025 das Privatkapital der 172 deutschen Milliardäre binnen Jahresfrist um 30 Prozent auf über 840 Milliarden US-Dollar angestiegen. "Ein deutscher Milliardär verdient in weniger als anderthalb Stunden das durchschnittliche Jahreseinkommen in Deutschland", konstatierte die Organisation. Das Wort "verdient" sollte man in Anführungsstriche setzen, denn arbeiten müssen dafür freilich andere als die superreichen Nutznießer.

Offiziell lebte in Deutschland zuletzt fast jeder fünfte Einwohner unter der sogenannten "Armutgefährdungsgrenze" - viele davon trotz Arbeitsplatz, Tendenz steigend. Auch die Zahl der Obdachlosen nimmt stetig zu, nicht zuletzt wegen fast ungebremsten Mietwuchers, der die Taschen diverser Immobilienhaie füllt. Die **Reallöhne** sind in den letzten fünf Jahren in Deutschland hingegen kaum gestiegen, zwischendurch sogar gesunken. Manager, Geschäftsführer und Vorstandschefs verbuchten im Vergleich dazu ein 30 mal höheres Plus bei ihren Einkommen.

### **Superreiche bestimmen die Politik**

Dass der globale Reichtum sich bei wenigen konzentriert, war freilich zu erwarten in einer kapitalistischen Privatwirtschaft, die Unternehmen dazu zwingt, pausenlos Profit zu maximieren. Dass unter solchen Bedingungen die Armut wachsen muss, ist die logische Konsequenz daraus. Dies jedoch benennt Oxfam wie erwartet nicht. So folgen der zwar deutlichen Kritik der globalen Organisation an den Missständen mal wieder eher vage Forderungen, die so viel bewirken werden wie immer: nichts.

"Wir befinden uns in einer Ära der Milliardäre – und das ist keine gute Nachricht für die Welt", beklagte beispielsweise Charlotte Becker vom Oxfam-Deutschland-Vorstand zu recht. Und sie ergänzte, was längst jeder sehen kann:

*"Die Wirtschaftsmacht der Superreichen schlägt sich immer deutlicher in politischer Macht nieder und höhlt die Demokratie immer weiter aus."*

Sie spielte auf das offensichtlichste Beispiel dafür an: Die USA, die mit Milliardären an der politischen Spitze längst eine Bilderbuch-Oligarchie geworden sind.

Die zunehmende Verflechtung von Großkapital und Staat ist in Europa allerdings genauso sichtbar. Mit dem ehemaligen Aufsichtsratschef der Deutschland-Sparte des mächtigen US-amerikanischen Vermögensverwalters BlackRock, Friedrich Merz, als Bundeskanzler hat auch die BRD 2025 dabei rapide aufgeholt. Neben ihm hievte die CDU Katherina Reiche an die politische Macht. Als ehemalige Lobbyistin von Westenergie, einer Tochter des Energiekonzerns EON, bestimmt sie heute die deutsche Wirtschaftspolitik.

### **"Neue Dimensionen von Armut"**

Angesichts der katastrophalen, aber systematisch erzeugten Realität klingt es fast wie ein schlechter Witz, wenn Manuel Schmitt, Oxfam-Referent für soziale Ungleichheit, "die Demokratie schützen" möchte. Deshalb müsse "die Bundesregierung endlich entschieden gegensteuern und eklatante Gerechtigkeitslücken schließen", sagte er. Wohlmeinend könnte man das unglückliche Formulierung werten, denn Gerechtigkeit ist Ansichtssache. Für manch Privilegierten ist es sicherlich "gerecht", bestimmte Menschen einfach verhungern zu lassen, weil sie zum Beispiel arbeitslos, krank oder alt sind, oder weil sie schlicht nicht der bevorzugten Ethnie angehören.

Auch Schmitts folgende Feststellung ist seit langem kein Geheimnis: "Während Durchschnittsverdiener ordentlich Steuern und Abgaben zahlen, tragen Milliardäre oft zu wenig zum Gemeinwohl bei", resümierte er. Dies sei "Gift für die Demokratie". Dass die moderne wertewestlich-"demokratische" Oligarchie nicht daran denkt, sich selber fürs Gemeinwohl höher zu besteuern, das weiß auch ihr Vertreter, Kanzler Merz.

Während Wellen von Massenentlassungen über Deutschland rollen und die Aussichten auf einen halbwegs moderat bezahlten Job schwinden, schwingt die Merz-Union zusammen mit ihrer Koalitionspartnerin SPD die [Hungerpeitsche](#) gegen Arbeitslose. Seine "Reform" der Grundsicherung, die darauf abzielt, Betroffene in Ausbeuterjobs zu nötigen, hat den Bundestag erreicht. Sozialverbände warnen ganz zu recht: Dies löse "neue Dimensionen von Armut und Obdachlosigkeit aus."

### **Rechtlose Hungerlöhner à la Merz**

Dazu passt es, dass die Bundesregierung die Lohnabhängigen in Deutschland massiv entrechten will. Mehrfach beschimpfte Merz alle Nochbesitzer eines Arbeitsplatzes, sie seien viel zu faul. Er [forderte](#) zuletzt in dieser Woche:

*"Die Deutschen sollen mehr arbeiten und weniger krankfeiern."*

Merz bemüht dafür Vergleiche, die blanker Unfug, um nicht zu sagen: pure Desinformation sind. So behauptet er, dass in Deutschland weniger Arbeitsstunden pro Beschäftigtem verzeichnet würden, als in vielen anderen Ländern. In einigen Fällen trifft dies tatsächlich zu. Das liegt jedoch vor allem daran, dass es in der Bundesrepublik viel mehr Teilzeitstellen als anderswo gibt, in denen vor allem Frauen mangels ausreichender Kinderbetreuung ackern müssen. Merz' Tiraden sind also Plattitüden.

Der Kanzler verbreitet seine Propaganda – nahezu unwidersprochen von der SPD, den Grünen und der AfD – nicht ohne Grund: Er will die Arbeitszeit ausweiten und dafür das Gesetz aufweichen. Wenn der Unionsentwurf so durchgeht, könnten Beschäftigte nach *RT DE*-Recherche dazu gezwungen werden, zumindest zeitweilig bis zu [78 Stunden pro Woche](#) zu schuften. Letztens erklärte Merz sogar ganz beiläufig, es sei am besten, das Arbeitszeitgesetz gleich ganz [abzuschaffen](#).

### **Leistungslose Abzocke**

Von höheren Reichensteuern auf riesige Vermögen, Erbschaften oder Millioneneinkommen halten nicht nur die Unionsparteien nichts. Es mutet daher fast schon wie eine Koalitionskomödie an, wenn die SPD als Juniorpartnerin regelmäßig danach ruft, um wenigstens noch einen minimalen sozialdemokratischen Anschein zu erwecken. Man muss nur darauf warten, wie CDU und CSU sie umgehend abwatschen und Kapitalverbände mit ihrem gewohnheitsmäßigen neoliberalen Geschrei beginnen.

So ebnet die deutsche Politik nun weiterhin den Weg dafür, dass alles so weiterläuft wie bisher, und wie Oxfam richtig feststellt:

*"Wer arm ist, bleibt arm; wer reich ist, bleibt reich: Generell ist die Chance auf sozialen Aufstieg in Deutschland geringer geworden."*

Oder um es so zu sagen: Die sich gegenwärtig zuspitzende Wirtschaftskrise müssen die Arbeiter ausbaden, damit das Großkapital weiter profitieren kann.

Eins ist jetzt schon sicher: Um die verarmenden Massen davon abzuhalten, sich zu widersetzen, und sie zugleich immer effektiver auszubeuten, werden ihnen die Oligarchen und ihre politischen Pressesprecher

weiterhin das Märchen "vom Tellerwäscher zum Millionär" auftischen. Sie werden die Peitsche immer härter schwingen, die angebliche "Faulheit" der Lohnabhängigen geißeln und einst hart erkämpfte Grundrechte eindampfen. Hauptsache, die Masse merkt nicht, wie das Kapital sie, ganz leistungslos, abzockt.